

Gegen Revisionismus in der politischen Ökonomie

Aus einer Lektion von Professor Dr. Herbert Wolf, gehalten auf der wissenschaftlichen Konferenz der SED-Parteioorganisation der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 5. April 1957

Die Genossen Behrens und Benary treten mit dem Anspruch auf, die marxistisch-leninistische Theorie schöpferisch weiterentwickeln zu wollen, und sie knüpfen dabei an sehr reale Probleme unserer Wirtschaft an. An sich ist dieses Vorhaben sehr zu begrüßen, aber es ist dies zugleich ein sehr verantwortungsvolles Vorhaben, das man nicht erfolgreich ausführen kann, wenn man sich leichtfertig zu den Grundthesen des Marxismus verhält.

Zunächst fällt in diesem Zusammenhang eines sofort auf: Behrens und Benary treiben ein gefährliches und für Leichtgläubige verwirrendes Spiel mit festumrissenen Begriffen. Sie sind für zentrale Leitung der Wirtschaft, sie sind

für sozialistische Planwirtschaft usw. Soweit so gut. Aber diese Begriffe haben bei ihnen einen gänzlich anderen Inhalt, als ihnen realitätsnaher zugemessen werden muß. Zentrale Leitung und Planwirtschaft haben bei ihnen nichts zu tun mit Administration, mit Anweisungen, Kontrolle usw., den einzigen Bedingungen, unter denen sie als wirklich bewußte, planmäßige und zentrale Leitung der Volkswirtschaft überhaupt real existieren können. Ähnliches gilt für viele andere Thesen, die wörtlich genommen durchaus akzeptabel sind, aber dann von Behrens und Benary in entgegengesetztem Sinn gebraucht werden, als man ursprünglich vernünftigerweise annehmen mußte.

richtig den Bedarf z. B. an Fischwaren ermittelt haben, es getrost der Fingigkeit des Handels und der Produktion überlassen, wieviel von der Produktion an Fischwaren auf Rollmöpse in Marinaden und wieviel auf Rollmöpse in saurer Tunke kommen. All dies tun wir ja praktisch schon seit einiger Zeit; es kommt nur darauf an, für die konsequente und systematische Durchführung der entsprechenden Beschlüsse zu kämpfen und dafür einzutreten, daß die damit zusammenhängenden Teilprobleme gelöst werden, nicht aber einer spontanen — und damit unvermeidlich auch anarchischen — Wirtschaftsentwicklung im sozialistischen Aufbau das Wort zu reden, wie dies Behrens und Benary tun.

Die Folge wäre: Monopolistische Marktwirtschaft!

Würden wir ihren Empfehlungen gemäß verfahren, so hätten wir eine Marktwirtschaft mit all ihren ökonomischen Gesetzen und all ihren Widersprüchen. Diese Marktwirtschaft wäre aber nicht irgendeine, sondern zwangsläufig eine monopolistische — wenn auch vorläufig noch ohne Monopolkapitalisten. Unsere Wirtschaft ist hoch vergesellschaftet. Sie ist gekennzeichnet durch

Gruppeninteressen die sich dem Gesamtinteresse der Arbeiterklasse gegenüberstellen. Damit aber würde die Geschlossenheit der Arbeiterklasse und ihrer Interessen ökonomisch untergraben.

Was zeigt das jugoslawische „Laboratorium“?

In all diesen Dingen — sowohl bezüglich der Vorschläge von Behrens und Benary, als auch bezüglich der notwendigen Gegenargumente — sind wir seit einiger Zeit durchaus nicht mehr auf bloße theoretische Erwägungen angewiesen. Die Weltgeschichte ist das „Laboratorium“ der Gesellschaftswissenschaften, an Hand dessen man sorgfältig die positiven und negativen Erfahrungen studieren muß. Und so zeigt die neuere Geschichte und die Gegenwart in Jugoslawien das praktische Experiment solcher Ideen, wie sie auch Behrens und Benary vertreten. Wiewohl dort die Produktion bei weitem noch nicht so hoch vergesellschaftet ist wie bei uns, zeigen sich auch dort schon seit längerer Zeit ernste Schwierigkeiten, die jeder Ökonom sofort als Widersprüche einer monopolistischen Marktwirtschaft erkennt, wie steigendes Preisniveau, sinkende Rate der Investitionen, stagnierende Arbeitsproduktivität, Nichtauslastung der Kapazitäten, Fehlleistungen von Investitionen und sinkende Tendenz der Beschäftigung (die durch staatliche Verordnungen noch verschleiert wird). All diese Mängel sind allgemein bekannt.

Die Genossen Tito, Kardelj und andere geben sie auch zu und setzen sich mit ihnen auseinander. Sie führen jedoch diese Mängel gegenwärtig zurück auf Bewußtseinsmängel und auf noch nicht genügende Zentralisierung und „Entstaatlichung“ der Wirtschaft.

Da unsere Wirtschaft in viel höherem Grade vergesellschaftet ist als die jugoslawische, würden diese Mängel auch in viel stärkerem Maße auftreten.

Der richtige Weg

Es ist doch klar, daß wir, statt das jugoslawische Experiment unserer Wirtschaft anzupfeifen, umgekehrt eine freundschaftliche Diskussion mit den jugoslawischen Genossen führen sollten, um ihnen künftige, noch größere Schwierigkeiten zu ersparen.

Ebenso klar ist natürlich, daß man eine solche Diskussion nicht führen kann, wenn man selbst Grundkenntnisse des Marxismus über Bord wirft. Weder wir noch die jugoslawischen Werktätigen, noch sonst ein Land, das den Sozialismus aufbaut, brauchen das Aufwärmen revisionistischer Ideen, die durch Theorie und Praxis längst widerlegt sind. Ein solches Vorgehen schadet uns selbst. Wir brauchen eine schöpferische Arbeit, eine konstruktive Lösung all der vielen Probleme, die der Aufbau des Sozialismus uns stellt.

Hier aktiv mitzuarbeiten, ohne Furcht vor neuen, aber mit wissenschaftlichem Verantwortungsbewußtsein gewonnenen Ideen, das sollte eine begeisternde Aufgabe aller Wissenschaftler sein.

An die UZ geschrieben In den Betrieben über Studienerfolge berichten

Ich möchte euch den Vorschlag unterbreiten, daß die Studenten der ABF wie auch anderer Fakultäten vor den Werkstätten Rechenschaft über ihr bisheriges Studium ablegen. Indem sie in den Betrieben über ihre Studienarbeit sprechen und in Agitationseinsätzen der Bevölkerung das Wahlprogramm der Nationalen Front erläutern, können sie den Beweis erbringen, wie sie hinter unserem Arbeiter- und Bauern-Staat stehen.

Ernst Münz, Leipzig S 3
Köhrener Straße 15

Nach Breege und nach Mecklenburg

In unserer Arbeitsgruppe waren wir uns darüber klar, in den Sommerferien unsere Bereitschaft zur Mitarbeit zu zeigen. Lediglich die Frage, wie das am besten geschehen kann, stand zur Debatte. Nun haben wir uns geeinigt, daß ein Teil unserer Gruppenmitglieder in das GST-Zellager an die Ostsee, die anderen zu einem Landwirtschaftseinsatz nach Mecklenburg fahren werden.

Dieter Knappe
ABF, Arbeitsgruppe A 3

Universitätszeitung / 14. April / Seite 3

Ein Spiel mit dem Begriff Planung

Zum Beispiel: Behrens sagt:

„Planen heißt bewußtes Ausnutzen ökonomischer Gesetze, d. h. an die Stelle ihrer elementaren Durchsetzung durch die spontanen Handlungen von Millionen Menschen tritt ihre bewußte Durchsetzung durch organisierte Handeln von Millionen Menschen.“

Dies ist eine ganz klare, für jeden Marxisten akzeptable Definition, denn das bewußte organisierte Handeln von Millionen ist ja nur möglich bei zentraler, allgemein verbindlicher Leitung. Gänzlich anders aber sieht die Sache aus, wenn Behrens diese Definition näher erläutert. Schon auf der nächsten Seite sagt er:

„Planen als bewußtes Ausnutzen ökonomischer Gesetze heißt nicht, wie manche glauben, daß der Staat und seine Organe die Handlungen der Menschen ersetzen, deren wesentlicher Ausdruck die ökonomischen Gesetze sind. Planen heißt, ökonomische Gesetze wirken lassen, d. h. menschliche Handlungen bewußt lenken, positive und negative ökonomische Impulse auslösen. Man kann ökonomische Gesetze nicht durch juristische Gesetze, Anordnungen oder Direktiven ersetzen.“

Was ist nun eigentlich Planung? Ökonomische Gesetze „wirken lassen“, Handlungen „lenken“, „Impulse“ dazu „auslösen“ — das geht doch aus der Objektivität der Masse spontaner Einzelhandlungen, die also nicht von vorher-

ein bewußt organisiert sind, sondern auf die man lenkend Einfluß nimmt durch ökonomische Impulse. Benary sagt das auch ganz nüchtern (Seite 30):

„Planmäßige Wirtschaftsführung heißt ... bewußte Lenkung der Spontanität.“

Damit wären wir vom bewußten, organisierten Handeln von Millionen von Menschen gelandet bei der bloßen Lenkung des spontanen Handelns von Millionen Menschen durch ökonomische Impulse; gelandet — mit anderen Worten — bei der gewöhnlichen Einflußnahme auf das spontane Durchsetzen ökonomischer Gesetze, das sich Behrens selbst in seiner ersten Definition verwahrt.

Entweder begreifen Behrens und Benary nicht, daß sie hier mit den Begriffen ein Spiel treiben, oder sie haben es vorgezogen, das, was sie sagen wollen, nicht beim richtigen Namen zu nennen. Völlig klar ist aber, daß sie sich nicht darauf berufen können, daß sie doch von den Grundprinzipien des Marxismus ausgegangen seien. Ausgegangen vielleicht, sie sind ihnen aber unterwegs abhandeln gekommen denn überall, wo sie ihre Auffassung präzisieren, präzisieren sie die Grundsätze so, daß haargenau etwas anderes herauskommt als ihr wesentlicher Inhalt.

Über das Gesetz der planmäßigen Entwicklung

Die Genossen Behrens und Benary leugnen die Existenz des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft.

Gibt es ein solches Gesetz, warum existiert es und wie wirkt es?

Beide Genossen sprechen von der Notwendigkeit einer Planung im Sozialismus; Genosse Behrens schreibt ein ganzes Kapitel darüber. In all dem wird aber die Hauptgrundlage dieses ökonomischen Gesetzes ebensowenig erwähnt wie das Gesetz selbst, nämlich die Tatsache, daß gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln heißt, daß die Gesellschaft selbst auch die Produktionsmittel bewußt und ihren Interessen gemäß im Produktionsprozeß einsetzt. Gesamtgesellschaftliches Eigentum würde dann aufhören, real zu existieren, wenn nicht die gesamte Gesellschaft — repräsentiert durch den Arbeiter- und Bauern-Staat — bewußt und daher planmäßig die Volkswirtschaft organisiert.

Ebenso wie der Kapitalist auf Grund des kapitalistischen Privateigentums Befehlshaber der Produktion ist, so ist die sozialistische Gesellschaft auf Grund des Volkseigentums an den Produk-

tionsmitteln notwendig Befehlshaber der gesamten Volkswirtschaft. Anders kann das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln keine Realität sein. Diese Funktion der konkreten Beherrschung der Volkswirtschaft durch die Gesellschaft kann nur die sozialistische Planung verwirklichen und nur in einer solchen Weise, daß bestimmte Festlegungen und ihnen entsprechende Direktiven dem ökonomischen Handeln der Menschen zugrunde gelegt werden. In diesem Sinne ist sozialistische Planung eine direkte Konsequenz des sozialistischen Eigentums und mit diesem selbst objektiv notwendig.

Behrens und Benary motivieren ihre Ablehnung der sogenannten „administrativen Leitung“ mit Hinweisen darauf, daß der Versuch, alle Einzelheiten zentral festlegen zu wollen, ökonomisch schädlich und zum Scheitern verurteilt sei. Freilich haben wir in der Vergangenheit oft die Grundzusammenhänge der Volkswirtschaftsentwicklung gerade deshalb viel zu wenig wirklich beherrscht, weil wir viel zu viele Einzelheiten administrativ wollten.

Heißt Planen alle Einzelheiten festlegen?

Aber die Kritik an diesen schädlichen Uebertreibungen, die übrigens von Partei- und Staatsführung bereits seit dem 21. Plenum des ZK theoretisch und praktisch geübt wird, ist eine Sache, und die Gleichsetzung der zentralen Leitung der Volkswirtschaft durch Weisungen, Auflagen und Kontrolle mit der Reglementierung aller Einzelheiten ist eine ganz andere Sache. Genosse Behrens schreibt (S. 86):

„Keine noch so kluge zentrale Leitung der Wirtschaft ist in der Lage, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in allen Einzelheiten zu lenken.“

Wozu diese Uebertreibung? Alle Einzelheiten zu lenken, oder, wie er etwas später sagt, „Jede, auch die privateste Angelegenheit staatlich zu lenken“, das ist ja gar nicht das Problem, um das es hier geht. Insoweit solche Theorien vorhanden wären und soweit unsere Praxis noch immer Elemente solcher Uebertreibungen zeigt, sind freilich alle Marxisten verpflichtet,

schärfstens dagegen aufzutreten. Aber sie sind nicht verpflichtet, das Kind mit dem Bade auszuschütten und die feste zentrale Leitung überhaupt zu negieren.

Es ist doch klar, daß wir sehr gut vorher ermitteln können, wieviel Stahl, Getreide, Kohle, Kraftwagen, Drehbänke usw. wir benötigen, um wieviel wir überhaupt die Arbeitsproduktivität steigern und die Selbstkosten senken müssen, wie Bruttoproduktion und Nationaleinkommen anzuwachsen müssen, wie sich Akkumulation und Konsumtion entwickeln müssen usw. Natürlich können wir das nicht in allen Einzelheiten, weder der Menge nach, noch bis ins Detail der Sortimente usw. Aber wir können relativ „genau vorher die wahrscheinliche Schwankungsbreite bestimmen, die durch allerhand zufällige Momente auftritt, und dementsprechend quantitative und qualitative Limits für das operative Handeln einbauen. Wir können auch, wenn wir einigermaßen

Wir stellen vor:

Prof. Dr. Herbert Wolf

Genosse Prof. Dr. Wolf ist erst 32 Jahre alt — am 3. Mai 1925 ist er geboren. Sein bisheriger Lebenslauf könnte wohl von gewissen Leuten als „ungewöhnlich“ bezeichnet werden, aber schließlich ist für sie eine sozialistische Universität überhaupt etwas Ungewöhnliches.



Dagegen ist es für uns gar nicht ungewöhnlich, sondern gerade selbstverständlich, daß dem begabten Dreiersohn Heroert Wolf alle Ausbildungs- und Wirkungsmöglichkeiten gegeben wurden und werden.

1943 half er als Neulehrer den Grundstein für eine demokratische Schule legen.

Zusammen mit den ersten Arbeiterstudenten, die je an einer deutschen Universität studierten, wurde er 1946 an der Leipziger Universität immatrikuliert und beendete sein Studium 1949 mit dem Staatsexamen. Während dieser Zeit war Herbert Wolf zugleich als Dozent an der Arbeiter- und Bauern-Fakultät in Leipzig tätig, im letzten Studienjahr als Redakteur beim Mitteldeutschen Rundfunk. Gemeinsam mit den fortschrittlichen Kräften unterstützte er mit ganzem Einsatz seiner Person den schweren und komplizierten Kampf, den die neugegründete SED-Parteioorganisation damals gegen die noch an der Universität herrschenden reaktionären Elemente zu führen hatte.

hohe Konzentration der Produktion, hoch spezialisierte Arbeitsteilung und Zentralisierung durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln. Unsere chemische Industrie konzentriert sich auf wenige Werke, das gleiche unsere Metallurgie oder unser Kohlenbergbau usw. Die Erzeugung von Kugellagern erfolgt am wesentlichsten in zwei großen Werken, die Erzeugung von Edelstahl in einem usw.

Angesichts dieser Bedingungen Selbstverwaltung der Wirtschaft und „ökonomische Leitung“ einführen zu wollen, hieße diesen Wirtschaftseinheiten „ökonomische Impulse“ geben, damit sie durch Preismanipulationen und Manipulationen im Produktionsvolumen und Sortiment, durch Absprachen und dergleichen ihre Rentabilität erhöhen, weniger aber durch Arbeitsproduktivitätssteigerung und Kostensenkung. Dazu würde nicht nur der rasche ökonomische Fortschritt gebremst, sondern auch das Preisniveau ins Wanken gebracht, somit unsere Währung und die Stabilität unserer Löhne und Gehälter. Die bedarfsgerechte und stets steigende Versorgung der Bevölkerung würde nicht bewußt gesellschaftlich geregelt,

sondern den Sonderinteressen der einzelnen „Wirtschaftseinheiten“ ausgeliefert.

Es ist doch völlig klar, daß angesichts der starken Stellung in der Produktion und damit auf dem Markt, die die Betriebe bei der hohen Vergesellschaftung der Produktion inne haben, unmöglich damit gerechnet werden kann, daß die „ökonomischen Impulse“ der Zentralverwaltung usw. stärker sein können, als die unvermeidlich aus der mehr oder minder monopolistischen Stellung erwachsenden negativen „ökonomischen Impulse“.

Nach in einer weiteren Hinsicht wäre die Verwirklichung ihrer Ideen gefährlich. Mit der Vorseibständigkeit der Betriebe bzw. Wirtschaftsverbände werden die Beziehungen der Betriebe untereinander, ob man will oder nicht, letztlich auf Beziehungen der Konkurrenz begründet. Die ökonomischen Widersprüche, die den Kauf- und Verkaufsbeziehungen immer zugrunde liegen, würden sich unvermeidlich darstellen als Widersprüche zwischen den Betrieben oder Wirtschaftsverbänden. Damit entstehen Anknüpfungspunkte für das Aufwachen von Sonder- und